

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 52 (1918)

69 (11.3.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-23266](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-23266)

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 69.

Oldenburg, Montag, den 11. März 1918.

52. Jahrgang.

Die Preispolitik der Daimler-Werke.

Millionenübertreibung bei Heereslieferungen.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurden bei dem Bericht des zweiten Untersuchungsausschusses über die Preispolitik der Daimler-Werke und Munitionsfabrikanten in Stuttgart und Berlin aufgedeckt. Wenn die Ausführungen der Abgeordneten sich auf tatsächlichen Material aufbauen, so ergibt sich, daß ein von den Daimler-Werken entlassener Angehöriger der Kalkulationspläne der Daimler-Werke ausgeteilt hat. Auf Grund dieser Unterlagen hat sich, wie im Hauptausschuß ausgesprochen wurde, ergeben, daß die Daimler-Werke monatlich etwa vier Millionen Mark über den normalen Gewinn hinaus verdient und trotzdem eine Preiserhöhung für die von ihnen hergestellten Motoren verlangt haben, daß die Werke einen Gewinn von 173 Prozent der Selbstkosten bei der Herstellung der Motoren vor dem Kriege erzielt haben und nicht von 10 Prozent, wie von der Verwaltung angegeben worden war. In diesem Zusammenhang wurde auch die letzte Kapitalerhöhung der Daimler-Motoren-Gesellschaft beanstandet. Der größte Vorwurf aber, der gegen die Verwaltung der Daimler-Werke erhoben wurde, richtet sich nicht allein gegen die Erzielung übermäßiger Gewinne, sondern gegen die Verletzung der Auffassung der Kalkulationen in der Wirtschaft, den Reichsausschuß für Heereslieferungen bei einer etwaigen Prüfung zu täuschen, abgeben und für den Fall, daß eine Kontrolle über die Werke erfolgt und eine weitere Preiserhöhung um 50 Prozent bewilligt werde, droht haben, den Betrieb einzustellen zu wollen. Diese Behauptungen gegen die Verwaltung der Daimler-Werke haben dazu geführt, daß der Untersuchungsausschuß zusammen mit der Heeresverwaltung eine Kommission nach Stuttgart, dem Sitz der Gesellschaft, geschickt hat, um die Sachlage zu prüfen. Dabei ist festgestellt worden, daß die Kalkulationen jahrelang systematisch gefälscht worden waren, und Grund dieser Vorkommnisse wurde gegen die Daimler-Werke die Verschuldung des vollendeten Krieges erhoben und mitgeteilt, daß auch die Staatsverwaltung mit der Angelegenheit befaßt worden sei, um den Daimler wegen Betruges vorzugehen.

Die Daimler-Werke haben in der deutschen Automobilindustrie von jeher, auch in Friedenszeiten, eine besondere Rolle gespielt, indem sie die Fabrikation von Spezialtypen betrieben haben, die der Konstruktion der Werke entsprechend auch besonders hohe Gewinne abwarfen. Zwar treten diese Gewinne in Friedenszeiten nicht in übermäßig hohen Dividenden an die Aktionäre in die Erscheinung (diese betrugen in den Jahren 1909 bis 1913: 8, 10, 10, 12 und 14 Prozent), aber sie ermöglichen, Bilanzen aufzustellen, die in der Geschichte der deutschen Aktien-Gesellschaften nur sehr wenige Gegenstücke finden und der Verwaltung den Vorwurf der Verschwendung, Verschwendung und der Verschwendung der Gewinne einbringen. Auf Grund derartiger Geschäftsergebnisse, die in den Kriegsjahren 1914/1916 Dividendenausschüttungen von 16, 28 und 30 Prozent ermöglichten, war es obendrein noch möglich, in der Bilanz vom 31. Dezember 1916 sämtliche Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Einrichtungen und Patente mit 1 Mark und ebenso die Beteiligungen mit 1 Mark einzustellen. Wenn man bedenkt, daß die Gesellschaft in Garmisch, Unterfranken und Marienfelde bei Berlin nahezu 440 000 Quadratmeter Grundbesitz besitzt, und daß von diesen Grundstücken 1910 Quadratmeter überbaut sind, daß ferner der Daimler-Werk in Berlin das Grundstück unter den Linden 50/51, das nach der Mittelstraße, mit dem großen Geschäftsgelände, das dazu gehört, so kam man sich einen Begriff davon machen, welche enormen Gewinne die Daimler-Gesellschaft erzielt hat. Ende 1916 wies die Gesellschaft, die damals mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark arbeitete, einen Dividendenumschlag von 12,38 Millionen Mark auf (d. i. das Aktienkapital des Jahres 1916), gegen 3,34 Millionen Mark im Jahre 1913. Neben den fast gezeigten Dividenden während der Kriegszeit und neben der Abschreibung der Anlagevermögens bis auf 1 Mark konnte sie außerdem ihren Reingewinn von 5 1/2 auf 8 Millionen Mark bringen. Im Jahre 1917 lag der

Rund der Daimler-Aktien bis auf 1350 Prozent, die Spekulationen bekamen recht, die behaupteten, daß die Gewinne der Gesellschaft nicht mehr verdeckt werden könnten, sondern an die Aktionäre zur Ausschüttung kommen müßten, woraufhin die Gesellschaft dem auch ihr bis dahin 8 Millionen betragendes Kapital im Jahre 1917 verweigerte, bei jeder Aktionäre auf eine alte Aktie drei neue zu dem gewöhnlichen Nennwert von 107 Prozent begeben konnte, was

bei dem überaus hohen Kurse der Aktien, die sich, wie erwähnt, auf 1350 Prozent stellten, ein Geschenk von ungeheuren Werte einschloß.

Es ist klar, daß hier ein nationales Interesse vorliegt, die Rüstungsindustrie einer genaueren Kontrolle zu unterwerfen. Der Hauptausschuß des Reichstages will eine Bundesratsordnung, die den Reichstagen ermächtigt, Einsicht in die Geschäftsbücher der Rüstungsindustrie zu nehmen. Die Militärbehörden erklären zwar, daß sie auch ohne eine solche Verordnung ausreichende Nachmittel in der Hand hätten, und sie haben den Daimler-Werken kurzerhand eine militärische Zeitung gegeben. Das war in diesem Falle zwar unbedingt notwendig, aber es erscheint doch zweckmäßig, hier eine Rechtsbasis zu schaffen. Darüber hinaus ist es aber notwendig, daß der Begriff des „übermäßigen Gewinnes“ im Sinne der Kriegsvorbereitungen vom 23. Juli 1915 sich nicht nur auf den Handel, sondern auch auf die Industrie erstreckt. Der Prozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Hülsmann in Wiesbaden hat das überzeugend darzulegen. Dieses Gesetzgebungs Vorhaben, das außerdem von einer verschärften Besteuerung der Kriegsgewinne begleitet sein muß, ist nicht nur notwendig, um widerpenfliche Firmen zu zähmen, sondern auch, um einer weitgehenden Beunruhigung im Volke entgegenzuwirken.

Die Vordrängung falscher Selbstkosten stellt sich als ein vollkommener Betrug in größtem Maßstab dar, wie im Hauptausschuß des Reichstages richtig gesagt worden ist. Wenn jetzt technische Sachverständige in erhöhtem Maße zugezogen werden sollen, so kann man nur bedauern, daß das nicht schon früher geschehen ist. Es drängt sich uns aber der Verdacht auf, daß ähnliche Zustände auch bei Heereslieferungen anderer Art vorgekommen sind, wenn auch nicht in so ungeheuren Maßstäben. Das einzige Bedenken ist, daß wir zu unseren Behörden das Vertrauen haben können, daß sie nicht nach dem alten Sprichwort handeln, nur die kleinen Fische zu fangen, die großen aber laufen zu lassen.

Entspannung im Olen?

Nach Berliner Zeitungen werden aus der Reichshof Presse Nachrichten aus Tokio veröffentlicht, wonach das Auslandsreiseverbot für japanische Reisereisende und für wirtschaftliche Mannschaften aufgehoben wird. Man erblickt darin eine Entspannung der Lage im Olen. Für die beiden Jahresklassen 94/95 bleiben die erlassenen Einberufungsbeefehle bestehen.

Gültigkeitserklärung eines alten russisch-japanischen Vertrages.

Waseda, 10. März. Waseda, „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare hat für die gegenwärtige Regierung die Anerkennung des russisch-japanischen Vertrages über Oskien, der von Japan 1916 mit der früheren Jaren-Regierung abgeschlossen war, ausgesprochen.

Nach der österreichischen Krille.

Wien, 9. März 1918.

Nach einer beschämend langen und aufregenden Krille hat das österreichische Abgeordnetenhaus ein viermonatiges Budgetprovisorium und einen neuen Kriegskredit von sechs Milliarden Kronen angenommen. Das ist ein Sieg, dessen vielleicht das vor dem Heimgeschickterwerden wieder einmal gerettete Parlament, aber keiner, dessen die Regierung von Verzen froh werden kann. Die Schande, daß Österreich als einziges unter den kriegsführenden Ländern ohne parlamentarisch bewilligtes Budget sich hätte befehlen müssen, ist abgewehrt, aber um den Preis welcher Aufstufungen? Die Krone hat eingestiegen müssen, um die politischen Abgeordneten zwar nicht zur Bewilligung des Budgets, aber doch wenigstens zur Enthaltung von der Abstimmung zu veranlassen. Die Regierung aber hat, um sich und die Staatswirtschaft für ganze vier Monate zu retten, den höchsten Triumph auszuspielen und die oft angekündigte Verfassungsreform — noch einmal antändeln müssen. Die wichtigsten Aufgabe dieses Staates, seine Erneuerung von Grund auf, wurde hier als ein Vorwand verwendet, um aus einer augenblicklichen Verlegenheit herauszukommen. Seit der Thronbesteigung Kaiser Karls taucht diese Verfassungsreform alle paar Monate aufs neue in den Reden österreichischer Ministerpräsidenten auf, um als ein regelrecht Spul gleich wieder zu verschwinden. Man hat nicht den Mut, das ernste Problem mit dem vollen Einsatz von Geist und Energie anzufassen und zur Lösung zu bringen. Und doch wären Zeit und Gelegenheit günstig wie kaum je zuvor. Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat der Öffentlichkeit mit den von ihm mitgeteilten Grundzügen der geplanten Verfassungs-

änderung keine Überraschung bereitet. Nationale Autonomie mit Kreisstellung bei Beibehaltung der Kronländer in ihren jetzigen geographischen Grenzen, Sicherung jeder Nation gegen Unterdrückung durch die andere, volle Freiheit für jede einzelne, sich in ihrem geschäftlichen Verkehrsgebiet national-kulturell auszuleben: Das ist noch nicht der Bundesstaat, den der Staats-theoretiker der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, Abg. Dr. Renner, auch bei diesem Anlaß mit guten Gründen befürwortet, aber eine Errungenschaft, mit der sich die österreichischen Bürger sehr wohl zufrieden geben können und durch die die nationalen Reibungsflächen fast ganz ausgeschaltet würden. Die Deutsch-Böhmern, die noch vor einem Jahre zu den geschworenen Zentralisten gehörten, haben jetzt die Gründung einer Provinz Deutschböhmen zu ihrem Programm gemacht und damit einer vernünftigen Lösung der nationalen Fragen für Böhmen den Weg gebahnt. Die alpenländischen Deutschen waren, wenn ihnen aber nationaler Geist, wie Lutz und Warburg, gesichert blieben, für eine föderalistische Autonomie innerhalb der Kronlandsgrenzen wohl zu gewinnen. Schwerer wäre es, den Widerstand der Deutsch-Tiroler gegen eine Zerstückung ihres Landes zu besiegen. Die größten Schwierigkeiten aber würden, wie immer, wenn in Österreich Ordnung gemacht werden soll, die Tschechen bereiten. Ihr Sprecher hat auch bei der letzten Budgetdebatte das ganze staatsrechtliche Programm mit unerschütterlichem Ernste vorgetragen. Aber mit den Tschechen würde man wohl noch fertig werden, es gälte nur, ihnen einen festen Staatswillen entgegenzuhalten. Ihr Gerede, daß ihnen auf der allgemeinen Friedenskonferenz noch ihr Recht werden müsse, wird selbst von ihren Nationengenossen in Paris und London nicht mehr ernst genommen. Diese Herren wissen eben schon längst, daß im Ernstfalle Lloyd George und Genossen für sie nicht den Finger rühren würden.

Wird es nun aber jetzt wirklich zur Verfassungsreform kommen? In österreichischen Dingen wird kein Vorläufiger den Propheten spielen wollen. Vorläufig weiß man noch nicht einmal, auf welche Weise die Reform ins Rollen gebracht werden, ob der bestehende Verfassungsausschuß oder irgend ein neu zu bildender Ausschuß damit beauftragt werden soll. Der Eindruck der letzten Krise war jedoch ein so schmerzlicher, daß man eigentlich annehmen müßte, die österreichische Regierung werde nun endlich nach dem Rechten sehen und sich mit einer übernatürlichen Verjüngung und Verschleppung des Elends nicht begnügen.

Gegner des deutschen Bündnisses.

Einem Aufsatze von Heinrich Friedjung, der sich in der „Voss. Zeit.“ mit der Herrenausrede des Hofrats Lammasch beschäftigt, seien folgende Angaben entnommen:

Im Herrenhause ist wohl bekannt, daß die Richtung des Professors Lammasch bis in die höchsten Kreise hinein Anhänger zählt. Man muß nur daran erinnern, daß zwei Prinzen des Hauses Bourbon, die mit dem Kaiserhause nahe verwandt sind, bald nach dem Ausbruch des Krieges in den Dienst des französischen Heeres traten, statt, wie es von ihnen erwartet werden mußte, ihre Samartierdienste Österreich zu leisten, wo sie eine zweite Heimat gefunden haben. Was man von „einzelnen Herren des hohen Adels hört, die sich als Tschechen fühlen, klingen noch weniger erbaulich. Von Lammasch selbst wurde schon vor einiger Zeit der Versuch gemacht, Österreich-Ungarn vom Bündnis mit Deutschland abzuweichen. In einer dem Kaiser Karl unterbreiteten Denkschrift entwickelte er die Ansicht, daß die Westmächte den Krieg schon deshalb fortsetzen zu sollen glauben, weil der mitteleuropäische Block ihnen gefährlich erscheint; wir würden also dem Frieden näher kommen, wenn die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, sie gebe nach geschlossenen Friedensverhandlungen zu lösen. Eine ebensolche Denkschrift, welche diese Denkschrift gesehen hat, und der unbedingt Glanz zuweisen ist, teilte mir mit, Professor Lammasch habe empfohlen, diese Unfindigkeit nicht bloß nach London oder Paris gelangen zu lassen, sondern auch Kaiser Wilhelm davon zu unterrichten, damit die österreichisch-ungarische Politik nicht der Doppelzungenigkeit beschuldigt werden könne. Dieser Aufschlag den man nicht mehr noch nennen darf, sondern geradezu gefährlich nennen muß, müßte, wie bei den Bundesstreue Kaiser Karls nicht anders zu erwarten war, Graf Czernin trotz der Verschönerung der antideutschen Elemente mit dem Einfluß seiner Stellung entgegen. Der Kaiser verweigerte ihm seines Vertrauens, und der Minister des Inneren erhielt die Vollmacht, die prächtige Rede zu halten, in der versichert wurde, die Monarchie werde Straßburg ebenso, wie den Waffen beizubringen, wie deutsche Truppen Zerstörung gegen die Italiener geschickt hatten. Die Nachwirkung dieser Rede war, daß der Gegner des deutschen Bündnisses in der Rede des Herrn Lammasch erschlug, indem er sich gegen die Gleichstellung Straßburgs und Zerstörung aufstellte. Diese Behauptungen waren im Herrenhause bekannt, es war eine lange verhal-

Hierzu eine Beilage.

neue Entzweiung, die aber Samstags nachmittags und nach kurzer Rede losbrach.

Leipziger Mektage.

Das Leipzig wird uns geschrieben:

Der zeitigste Abend, ein scharfer Ost, verhallt sich in den Fahnenflügel, die über den Dächern Leipzigs hochgehoben sind und den Abschluß des Friedens mit Rußland, also einen großen politischen und militärischen Sieg, verkünden. Sie könnten auch der Leipziger Messe selbst gelten, die in ihrer ganzen Ausdehnung ebenfalls einen herrlichen Sieg, den Sieg der deutschen Industrie über alle Kälte und Hindernisse, die uns die Feinde entgegengestellt haben, verkörpert. Die Leipziger Messe zeigt, wie deutscher Erfindungsgeist, deutsche Unternehmungslust, deutscher Wagemut die wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten dieser Kriegszeit bewältigt haben. Sie ist das äußerlich sichtbare Zeichen der inneren Widerstandskraft Deutschlands.

Nicht umsonst sind aus allen Teilen des deutschen Reiches, der verbündeten und neutralen Länder, die Einkäufer nach Leipzig gereist, um ihren Warenhunger zu befriedigen. Hier kann er gestillt werden. Einen solchen Hunger hat die alte Messestadt noch nie auszuhalten gehabt. 75000 Menschen sind in diesen Tagen dort zusammengeströmt. Das Gewühl in den Straßen war betriebsam und ununterbrochen. Alle östlichen, nördlichen und verschiedenen Volkssprachen schwirren durch die Gassen. In den Geschäftshäusern der Stadt ist nur für 5000 Personen Platz. Die übrigen müssen bei Privaten untergebracht werden. Das Messegelände, diese neue und überaus zweckmäßige Einrichtung, hat die Aufgabe glänzend gelöst. Hunderte von Bänken und Schulstühlen sind zur Bahn bestellt und nehmen die Fremden in Empfang. Jeder fand sein Plätzchen.

Eine unglaubliche Kauflust befeht die Gasse. Die Verkäufer sind mit dem Geschäftsgang mehr als zufrieden. Die meisten von ihnen erzählen, daß sie schon vor Beginn der Messe, bevor sie sogar ihre Waren ausgepackt hatten, bereits größere Bestellungen entgegengenommen haben als sonst während der ganzen Messezeit. Nur mit der Befriedigungsfähigkeit werden sich manche Verkäufer etwas gebunden fühlen. Denn so leistungsfähig auch die deutsche Industrie ist, diesen Hungerhunger kann selbst sie nur aufzufüllen helfen.

Und man hinein in die Messeplätze! Es sind ihrer ungefähr 30, die alle erst in den letzten 25 Jahren, verschiedene sogar während des Krieges entstanden sind und sich den besonderen Ansprüchen des Messeverkehrs genau angepaßt haben. Auch in architektonischer Hinsicht befriedigen sie zum Teil die höchsten Ansprüche. Die Personenaufzüge sind, obwohl sie 10 bis 20 Menschen befördern können, stets überfüllt. Ueber die Treppenhäuser ergießt sich ununterbrochen eine Schärfe von Menschen. In den Gängen und um die Verkaufsstände steht es sehr dicht. Die Verkäufer werden belagert; sie sollen sich teilen können, um allen Anfragen und Wünschen zu genügen. Mit einer vorbildlichen Ruhe und Zuvorkommenheit geben sie jedem Fragen Auskunft. Einzelne Musterlager mußten schon nach dem ersten Tage der Messe teilweise ausgeräumt werden, weil der betreffende Besucher keine Bestellungen mehr annehmen kann.

Am lebhaftesten ging es wohl in den beiden Messeplätzen zu, die der Nahrungsmittel- und Rohstoffindustrie zugewiesen sind. Man hat es hier mit dem längsten Zweige der deutschen Industrie, dem eigentlichen Agrarstande, zu tun, aber man muß verstehen, daß es sich hier um einen bloßen Hilfsdienst handelt. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß verschiedene Erzeugnisse dieses Industriezweiges dem Krieg überdauern werden und auch in den hoffentlich nicht mehr allzufern Friedenstagen weiter bestehen bleiben. Der symbolische Pfefferertrag zum Beispiel, der hier ausgetrieben wird, ist vom natürlichen Pfeffer selbst von den empfindlichsten Geschmacksknospen kaum zu unterscheiden. Anders dagegen, wie die zahllosen Würfel, Pulver, Zunder, Pasten und Wägen, die heute den Kundenbesuchern vorliegen, sind wohl kaum eine allzu lange Lebensdauer aufzuweisen haben.

Überaus lebhaft ging es auch in den Abteilungen der Kleinfabrikindustrie zu. Hier machte sich besonders die Kaufkraft unserer östlichen Nachbarn sehr deutlich bemerkbar. Eine überaus starke Nachfrage bestand namentlich nach Werkzeugen aller Art, nach Haus- und Küchengeräten und nach Gebrauchsgegenständen für die Landwirtschaft. Einkäufer aus den von uns besetzten nördlichen Randgebieten ergäßen, wie sehr sie auf den Leipziger Markt gewartet hätten, um die fehlenden Artikel des täglichen Bedarfs wieder zu erhalten. Aber nicht nur nach diesen unbedingt notwendigen Gegenständen des Haus- und Landwirtschaftsbedarfes war eine rege Nachfrage vorhanden. Nicht minder begehrt waren Luxusartikel, die auf der achten Leipziger Kriegsmesse teilweise zum ersten Male vertreten waren. Dies gilt namentlich vom Kunstgewerbe in seiner weitesten Ausdehnung. Die Keramik hatte zwar von jeher in Leipzig ihren hervorragenden Platz, ebenso die Glasindustrie. Diesmal kamen aber noch einige handwerkliche Gruppen von Kunstgewerbetlichen Vereinigungen sehr ausgiebig zum Worte, und es war überaus interessant, zu beobachten, wie sich diese hochwertige Industriezweig den veränderten Materialverhältnissen der Kriegszeit angepaßt hat. Die Stelle von Gold- und Silbergeschmuck nehmen jetzt Glas- und Halbedelsteine, Bernstein, Emaille, Eisenblech u. dgl. ein. Aber auch aus Holz, ferner aus Porzellan und Schmelzglas werden die entzückendsten Schmuckgegenstände hergestellt. Nicht minder reichhaltig waren die Kunsthandlungen der Leder- und Textilindustrie. Man braucht sich nicht mehr über die Papierwelt zu wundern, wenn man sieht, welch ausgiebige Bewertung dieser Stoff in den verschiedensten Industrien gefunden hat. Alles in allem: die achte Leipziger Kriegsmesse verkündete einen deutschen Sieg, der den schönsten Erfolgen unserer Truppen auf den Schlachtfeldern gleichkommt.

Der Zentralvorstand der

Nationalliberalen Partei

rat am Sonntag zu einer zahlreich besuchten Sitzung im Abgeordnetenhaus zusammen.

Die Verhandlungen wurden eröffnet durch einen Vortrag Dr. Stresemanns über die äußere Politik. Er sagte u. a.: Wir haben uns durch unseren Sieg im Osten den Rücken so gedeckt, daß wir nach Westen die Arme frei haben. Ob wir für alle Zukunft derselben Lage sicher sind, das ist die Streitfrage, die zu grundsätzlichen Einverständnissen gegen unsere Disposition geführt hat. Man hat ein Unglück vor Augen, das gar nicht mehr da ist. Es ist sehr die Frage, ob sich Rußland, wenn wir es geschenkt hätten, auf unsere Seite stellen würde. Es ist auch sehr die Frage, ob das französische Nebeneinander sich jemals zu einem Bündnis mit uns bewegen lassen würde.

Für die künftige Regelung der polnischen Frage sind die deutschen Interessen im allerersten Sinne maßgebend. Das gilt auch für die strategischen Grenzicherungen, die die Oberste Heeresleitung etwa zur Sicherung unserer Ostmark und der Provinz Schlesien für notwendig hält. Ein innerer Deutschland des dem Erwerb polnisches Bodens besteht nicht, „je weniger Polen, desto besser“. Was Litauen anbetrifft, so ist mit diesem Lande eine Willkürkonvention erforderlich, die uns starke Sicherheiten gewährt, außerdem Wägen und Postämter, sowie eine Eisenbahngemeinschaft. Der Redner betont wieder, daß es unmöglich ist, die holländische Lande zu trennen. In Frage kommt ein enger Anschluß an Deutschland oder Preußen. Wir müssen alles tun, um den Einfluß des Deutschlands sicher zu stellen. Daß in diesem Krieg die ungeheure Gefahr verschwindet, ist, ist wie durch ein Wunder geschehen.

Praktisch haben wir es dahin gebracht, daß ein Friedensschluß, der im Gegensatz zu der Politik des 19. Juli steht, die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Nichts ist für eine nationale Politik nach außen schädlicher gewesen als der Ton und die Art, in der die „Deutsche Zeitung“ Politik treibt und die nationalliberale Politik angegriffen hat. Die Abgeordneten der Reichstagsfraktion, die bisher dem Alldeutschen Verbande angehört, werden auch die Folgerungen daraus ziehen, daß der Alldeutsche Verband nicht den Mut gefunden hat, von diesen Angriffen abzurufen.

Die Rede Stresemanns fand lebhaften Beifall. Hieran schloß sich eine Aussprache. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Zentralvorstand billigt die Haltung der nationalliberalen Fraktion des Reichstages auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in allen Punkten und spricht ihr seinen Dank aus für die entschlossene Verurteilung der von ihrem Vorstehen heute dargelegten Kriegs- und Friedensziele.

Der zweite Gegenstand der Verhandlungen bildete ein Bericht des Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Baasche über die innere Politik. Er ging ausführlich auf die Frage des gleichen Wahlrechts ein und bekräftigte die Annahme der Regierungsvorlage über die Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts. Nach ihm sprach der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Dr. Lohmann, der ausführlich die Gründe darlegte, aus denen die Mehrheit der Fraktion zu einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts gelangt ist. Zur Abstimmung stand folgende Entschließung:

Der Zentralvorstand hält die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus für eine Staatsnotwendigkeit und tritt daher die Landtagsfraktion unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken, sich an den Voten der Regierungsvorlage zu stellen.

Bei der Abstimmung gaben von den preussischen Mitgliedern des Zentralvorstandes 64 ihre Stimme dafür, 21 dagegen ab. Von den übrigen Mitgliedern stimmten 40 dafür und 3 gegen die Entschließung. Die Entschließung wurde also mit insgesamt 104 gegen 24 Stimmen angenommen.

Der Bilskreuzer Wolf

langte gestern nachmittag von Travemünde an und erreichte in einwöchiger Fahrt den bekanntlich für große, tiefgehende Schiffe geeigneten Süder-See-Hafen, um hier einen Teil seiner Ladung zu löschen. Bei der Einfahrt in den Innenhafen wurde das Schiff vom Hafenmeister, von dem Ortsschiffbauamt und Seemannsvereinigungen sowie von der Bevölkerung lebhaft begrüßt, was die Besatzung mit drei- bis viermaligen Hurras auf die Stadt lobte. Unter Glockengeläute legte das Schiff am Hafenai fest.

Kleine politische Nachrichten.

Wiedereröffnung der Universität Dorpat. Wie wir erfahren, wird in der von den deutschen Truppen besetzten Universitätsstadt Dorpat voraussichtlich schon im April die deutsche Lehrtätigkeit aufgenommen werden.

Preisloste lehnte endgültig ab, das spanische Kabinett zu bilden.

Der deutsche Gesandte Graf Oberndorf reiste nach Bukarest ab.

Der für Finnland ernannte Gesandte Freiherr v. Brühl tritt heute die Reise nach Finnland an. Der zum zeitweiligen diplomatischen Vertreter bei der ukrainischen Regierung ernannte Reichsgraf a. D. Freiherr v. Mumm begibt sich heute nach Kiew.

Von den Kriegsschauplätzen.

Uom letzten Luftangriff auf Paris

sagt der amtliche französische Bericht vom 8. März: Es hat ein feindlicher Fliegerangriff stattgefunden. Alarm wurde 8.50 gegeben. Geschwader, die sich gegen Paris und Umgebung richteten, wurden angeblitzt. Unsere Flieger fliegen sofort auf. Um 10.30 wurden an mehreren Punkten Luftwürfe festgestellt. Der Überfall hörte 15 Minuten nach Mitternacht auf.

Nach den ersten Denachrichtigungen gelang es mehreren Geschwadern, unsere Linien zu überfliegen; sie erreichten nach und nach die Pariser Zone. Von da an konnte eine gewisse Anzahl feindlicher Apparate, die durch Artilleriefeuer in ihrer Fliegefähigkeit gehindert wurden, ihre Aufgabe nicht erfüllen. Auf Alarm wurde Sperre durch unsere Artillerie gegeben. Eine große Anzahl französischer Vertriebsflieger flog auf. Die Zahl der Opfer ist bisher noch nicht bekannt, sie soll aber weniger beträchtlich sein als die des vorigen Angriffs. Die Maschinen

für den Hilfsdienst funktionierten unter neuen Bedingungen ausgezeichnet. Die Schutzmaßnahmen waren wirksam. Weichfliegerische Blätter melben aus Paris, daß 50 neue Maschinen über die Zahl der Opfer des deutschen Fluges nach Paris einfließen. Es wurden Sonntag insgesamt 35 Tote und 70 Schwerverwundete gezählt.

Zur Kriegslage.

Trotz ist der Nach für West-Europa bescheiden. Lenin gegenüber unterlegen. Er mußte sein Kabinett „Minister des Reichs“ niederlegen und mußte die Machenschaften zurückziehen. Damit ist das Haupthindernis der Annäherung des Friedens durch die morgige Zusammenkunft (am ersten Jahrestage der russischen Revolution) beseitigt, deren Hauptaufsatz übrigens die Genehmigung des Brester Friedensprotokolls ausgeht. Mit Trotzky verhandelt einflußreich und energiegeland, der das Wagnis der Kämpfe zwischen den Russen einerseits und den Ukrainern und Kosaken andererseits. Wenn nun auch dieser Kriegswilligen die aus den Händen genommen ist, der Widerstand in Rußland doch weiter, und die Umwälzung im Innern scheint lange nicht abgeschlossen zu sein. Neuerdings verhandelt, jüngste Republik „Kaukasien“ in Trabesamt mit den Russen um ihre Anerkennung und Abgrenzung. Das Ende der Republik „Sibirien“ aber steht unter der Unannehmlichkeit der japanischen Expedition, die doch mehr Widerstand leistet, als zugegeben wird von der Entente. Von Rußland Ozean haben wir den Grenzschutz fest in der Hand. Was drinnen geschieht, das ist uns zwar nicht einleuchtend, wir müssen uns nicht hinein und richten uns so ein, daß wir uns in unserer Festigkeit und Sicherheit verlassen. In Finnland sind wir zum Eingreifen bereit. Unsere Verbindung auf der Ostsee der Russen, General Bannergren, der geschworen hat, das Land nicht ohne Erlaubnis, das nicht der letzte Mann der Ostsee hinterlassen hat. Das Gelände der Ostsee ist der Stabilität zwar nicht günstig, aber mit der Deutschen wird es schon gelingen, auch den nächsten Schritter des Nachschubverkehrs zuverlässig unanfechtbar zu machen. Das die Alandinseln gestrandet. Die Regierung der nördlichen Staaten sollten Deutschland eher dankbar sein, daß es dem Volkseinstimmigkeit einen Damm entgegenzusetzen hat, der kein weiteres Eindringen verhindert. Die Gefahr für Skandinavien sind nicht zu unterschätzen.

In einem beweglichen Brief an Poincaré betont der Zar seine dem Bündnis gebliebene Treue. Das ist eigentlich zu spät, wo die Friedensverträge in West- und Ost-Europa abgeschlossen sind und auch die wirtschaftlichen Verhandlungen in Gottrichs Flotz voranschreiten. Aber der militärische Erfolg steht dem Gefangenen von Tobolsk durch die Gefährdung. Er muß die Rute der Franzosen über Rußland mit abgeben. „Rußland hat uns verraten“, erklärt Clemenceau. Frankreich zittert, daß es auch von England verlaßt wird, indem man sich dort den Friedensgeheimnissen zuwider wie Randolphs, Bismarck, Munciman u. a. sie propagieren gegenüber den Pressekorps, Nordcliffe, an der Ostsee. Das Volk ist schon große Kräfte von seinem darüber erfüllt, daß das Entgegenkommen Deutschlands, es sich in der letzten Stellungnahme behaltend, nicht mehr gekommen findet, daß im Gegenteil Nordcliffe mehr je zum Sturzflug ansetzt und durch seine Ausdehnung ganda immer toller heit. Robert Cecil, der unglücklich treuer des Kriegsgeheimnisses, selbst von der Westeuropäischen Deutschlands, zu der die Ereignisse im Osten den Anfang setzen. Er will damit die Sorge der Engländer wegen japanischen Durchdringung Nordasiens beschwichtigen, die dem die Hoffnung auf die „Brücke des Nordens“ gestiftet. Eine Verbindung mit durchgehenden Eisenbahnen und Dampfschiffen zwischen England über Skandinavien und Rußland nach Sibirien, die die Vorräte aus jenen Gebieten beschaffen soll, die aber schon durch die Neigung Finnlands nach Deutschland und durch unsere Besetzung der Alandinseln unmöglich gemacht ist. Denn die Lebensmittellieferung nach England immer mehr in den Mittelpunkt der Kriegsführung, wie die Entlassungen der Regierung über die Vorräte der Kriegsmaterialien und Munition. Manuskriptveröffentlichungen betreiben. Entschärfte Linien gegen der Nahrungsnot müssen durch Truppen unterbrochen werden, ebenso wie die trüben Verhältnisse bereits das tun machen.

Den Nordcliffe, Cecil usw. tritt Frankreich wie mit Grenzwällen an die Seite, die unsere Lebensmittellieferungen beschränken. Der entflozene Flieger Garros (er konnte er entkommen?) erzählt in Paris, daß wir von Mangel an Nahrung die Gefangenen verhungern ließen, daß diese nur noch durch die Pakete aus Frankreich am Leben erhalten würden. Der Krieg hat schon lange betrieblen, zu solchen Taten fähig ist. Wir jedenfalls nicht!

Selbst können wir das nicht mehr sagen bezüglich Kriegsschauplätzen im Osten, der zwar bei allen Kriegesregelmäßigkeit die Heereslieferungen der aber jetzt ansehnend ins Große geht und bange macht. Wo bleiben unsere Milliarden! Bei einem Vergleich diesen frechen, unerschütterlichen Willensbetrieuren den Streitenden vom Anfang Februar bis zum März unverwundbar sein. Beides sind Vaterlandsverräter, aber sollte gehen, daß den Arbeitern noch mehr Entschärfung zur Seite ständen, als den Vorkämpfern da oben, die sich Goldes mühen und als fürchterliche Eiterbeule den Volkskörper vergiften können. Clemenceau spricht von Monat der letzten Vorkämpfer. Er verhöhnt das „Nach dem Frieden“ und schreit: „Wir werden bis ans Ende gehen! Nichts wird uns abhalten, nichts uns beugen, diesem Kampf um die letzte Vorkämpfer zu erliegen, nachdrücklich nicht ergeben. Aber es geht gerade aus monatliche Festigkeit dazu, um neben dem militärischen den letzten entscheidenden Schlag zu führen. Und diese Festigkeit, die wird uns untergeordnet durch die Dampfer u. a. m., und nur wenn Regierung und Volkswirtschaft

Die
tag mit
Biele
dort
ander
gand
ed. 5
hier
zuwe
der B
ang si
ver. K
tion
odr. b
Runder
temite
an die
Wie b
um Er
nigung
abzu
häng
Schloß
iger 3
Gemein
hinter
Si
nachm
kühn
reife
die Su
ur de
Si
Stad
Kauf
M
Schmit
Zante
ang d
gemein
sch
verjog
am 6
M
Müller
King
geho
merkur
90
senbe
den fell
104 f
Wörter
Si
damer
Reitun
gegen
damp
Krieg
v.
stuf
Wist
schtee
früher
Bran
Das E
Dau
Laut
Wist
Jelant
un
temp
ehr l
enfer
die si
Wist
Pleis
mit d
Das l
dem i
stelt
müht
einen
der K
meit
den.
Was
auf d
bes
Baten
deni
hem
der E
die n
Don
2
Stid.
Hilde
Damp
3. E
betri

...aus dem Handlauge.

Aus dem Handlauge.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am morgigen Dienstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtigung der Bezeichnungen zur Einkommensteuer, 2. Befugnis, 2. Abänderung des Besoldungsgegesetzes, 2. Befugnis, 3. Abänderung der Schulgesetz, 2. Befugnis, 4. Petition der Landarbeiterinnen des Fürstentums Wittenberg, 5. Petition einer Feuerlöschvorrichtung am Riet- und Dogelände in Walle, 6. Petition des Zweigvereins Deutscher Eisenbahner, 7. Petition der Arbeitervereine, betr. Erwerbung einer Abzweig für das Gasleitungsnetz bei der hiesigen Gasfabrik, 8. Petition des Handwerkervereins in Norden, 9. Petition des Reichsverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, 10. Petition des Bezirksausschusses für Konsumgenossenschaften, betr. Verfassung von Vereinen der Konsumisten in der Bundeszentrale des Lebensmittelsversorgung, 11. Wahl des Lehrers und Lehrerinnen in Rütlingen am Erweiterung der Schiffschule der Aufwachtstufen, 12. Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, 13. Selbständiger Antrag des Abg. Langemann, betr. Vermeidung des Schulgesetzes, 14. Selbständiger Antrag des Abg. Lappenberg, betr. Abänderung der Gemeindeverordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Wittenberg und Lüneburg.

Eingegangen ist Vorlage 52: Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Vorlage 53: Von dem vorgehaltenen Kongress der Bundesversammlung sollen einige Paragraphen gegen einen Kaufpreis von 2 M für das Quadratmeter verkauft werden. Abg. Dör, mit Unterstützung der Abgg. Harwig, Schmidt-Jezel, Langemann-Robertsen, Meyer, Dammann, Langemann, stellt einen selbständigen Antrag auf Abänderung der Gemeindeverordnungen und des Armenwesens, nach dem gemeindeangehörigen Frauen auch im Fürstentum Wittenberg die gleiche Stellung zu geben sei. Für das Herzogtum besteht diese Möglichkeit bereits seit dem Gesetz vom 6. Januar 1914.

Abg. v. Fricke, mit Unterstützung der Abgg. Dör, Müller, Witz, Langemann-Robertsen, Schmidt-Jezel, Buß, Verding, Schipper, beantragt eine Abänderung des Besoldungsgegesetzes dahingehend, daß in der Besoldungsordnung die Bemessung zu Nr. 25 (Anzahlung) gestrichen wird.

Abg. v. Sebestian, mit Unterstützung der Abgg. Lappenberg, v. Fricke, Langemann-Robertsen, Heintmann, stellt den selbständigen Antrag, die Freund in der Ordnung der Gesetzgebung des Landtages durch deutsche Wörter zu ersetzen.

Zu der Petition des Zentralverbandes Deutscher Eisenbahner beantragt der Eisenbahnerausschuss Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Prüfung. — Zu dem selbständigen Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, beantragt die Mehrheit des Ausschusses Abweisung des Antrages.

Aus dem Großherzogtum.

Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am morgigen Dienstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtigung der Bezeichnungen zur Einkommensteuer, 2. Befugnis, 2. Abänderung des Besoldungsgegesetzes, 2. Befugnis, 3. Abänderung der Schulgesetz, 2. Befugnis, 4. Petition der Landarbeiterinnen des Fürstentums Wittenberg, 5. Petition einer Feuerlöschvorrichtung am Riet- und Dogelände in Walle, 6. Petition des Zweigvereins Deutscher Eisenbahner, 7. Petition der Arbeitervereine, betr. Erwerbung einer Abzweig für das Gasleitungsnetz bei der hiesigen Gasfabrik, 8. Petition des Handwerkervereins in Norden, 9. Petition des Reichsverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, 10. Petition des Bezirksausschusses für Konsumgenossenschaften, betr. Verfassung von Vereinen der Konsumisten in der Bundeszentrale des Lebensmittelsversorgung, 11. Wahl des Lehrers und Lehrerinnen in Rütlingen am Erweiterung der Schiffschule der Aufwachtstufen, 12. Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, 13. Selbständiger Antrag des Abg. Langemann, betr. Vermeidung des Schulgesetzes, 14. Selbständiger Antrag des Abg. Lappenberg, betr. Abänderung der Gemeindeverordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Wittenberg und Lüneburg.

Eingegangen ist Vorlage 52: Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Vorlage 53: Von dem vorgehaltenen Kongress der Bundesversammlung sollen einige Paragraphen gegen einen Kaufpreis von 2 M für das Quadratmeter verkauft werden. Abg. Dör, mit Unterstützung der Abgg. Harwig, Schmidt-Jezel, Langemann-Robertsen, Meyer, Dammann, Langemann, stellt einen selbständigen Antrag auf Abänderung der Gemeindeverordnungen und des Armenwesens, nach dem gemeindeangehörigen Frauen auch im Fürstentum Wittenberg die gleiche Stellung zu geben sei. Für das Herzogtum besteht diese Möglichkeit bereits seit dem Gesetz vom 6. Januar 1914.

Abg. v. Fricke, mit Unterstützung der Abgg. Dör, Müller, Witz, Langemann-Robertsen, Schmidt-Jezel, Buß, Verding, Schipper, beantragt eine Abänderung des Besoldungsgegesetzes dahingehend, daß in der Besoldungsordnung die Bemessung zu Nr. 25 (Anzahlung) gestrichen wird.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am morgigen Dienstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtigung der Bezeichnungen zur Einkommensteuer, 2. Befugnis, 2. Abänderung des Besoldungsgegesetzes, 2. Befugnis, 3. Abänderung der Schulgesetz, 2. Befugnis, 4. Petition der Landarbeiterinnen des Fürstentums Wittenberg, 5. Petition einer Feuerlöschvorrichtung am Riet- und Dogelände in Walle, 6. Petition des Zweigvereins Deutscher Eisenbahner, 7. Petition der Arbeitervereine, betr. Erwerbung einer Abzweig für das Gasleitungsnetz bei der hiesigen Gasfabrik, 8. Petition des Handwerkervereins in Norden, 9. Petition des Reichsverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, 10. Petition des Bezirksausschusses für Konsumgenossenschaften, betr. Verfassung von Vereinen der Konsumisten in der Bundeszentrale des Lebensmittelsversorgung, 11. Wahl des Lehrers und Lehrerinnen in Rütlingen am Erweiterung der Schiffschule der Aufwachtstufen, 12. Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, 13. Selbständiger Antrag des Abg. Langemann, betr. Vermeidung des Schulgesetzes, 14. Selbständiger Antrag des Abg. Lappenberg, betr. Abänderung der Gemeindeverordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Wittenberg und Lüneburg.

Eingegangen ist Vorlage 52: Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Vorlage 53: Von dem vorgehaltenen Kongress der Bundesversammlung sollen einige Paragraphen gegen einen Kaufpreis von 2 M für das Quadratmeter verkauft werden. Abg. Dör, mit Unterstützung der Abgg. Harwig, Schmidt-Jezel, Langemann-Robertsen, Meyer, Dammann, Langemann, stellt einen selbständigen Antrag auf Abänderung der Gemeindeverordnungen und des Armenwesens, nach dem gemeindeangehörigen Frauen auch im Fürstentum Wittenberg die gleiche Stellung zu geben sei. Für das Herzogtum besteht diese Möglichkeit bereits seit dem Gesetz vom 6. Januar 1914.

Abg. v. Fricke, mit Unterstützung der Abgg. Dör, Müller, Witz, Langemann-Robertsen, Schmidt-Jezel, Buß, Verding, Schipper, beantragt eine Abänderung des Besoldungsgegesetzes dahingehend, daß in der Besoldungsordnung die Bemessung zu Nr. 25 (Anzahlung) gestrichen wird.

Abg. v. Sebestian, mit Unterstützung der Abgg. Lappenberg, v. Fricke, Langemann-Robertsen, Heintmann, stellt den selbständigen Antrag, die Freund in der Ordnung der Gesetzgebung des Landtages durch deutsche Wörter zu ersetzen.

Zu der Petition des Zentralverbandes Deutscher Eisenbahner beantragt der Eisenbahnerausschuss Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Prüfung. — Zu dem selbständigen Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, beantragt die Mehrheit des Ausschusses Abweisung des Antrages.

Aus dem Großherzogtum.

Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am morgigen Dienstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtigung der Bezeichnungen zur Einkommensteuer, 2. Befugnis, 2. Abänderung des Besoldungsgegesetzes, 2. Befugnis, 3. Abänderung der Schulgesetz, 2. Befugnis, 4. Petition der Landarbeiterinnen des Fürstentums Wittenberg, 5. Petition einer Feuerlöschvorrichtung am Riet- und Dogelände in Walle, 6. Petition des Zweigvereins Deutscher Eisenbahner, 7. Petition der Arbeitervereine, betr. Erwerbung einer Abzweig für das Gasleitungsnetz bei der hiesigen Gasfabrik, 8. Petition des Handwerkervereins in Norden, 9. Petition des Reichsverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, 10. Petition des Bezirksausschusses für Konsumgenossenschaften, betr. Verfassung von Vereinen der Konsumisten in der Bundeszentrale des Lebensmittelsversorgung, 11. Wahl des Lehrers und Lehrerinnen in Rütlingen am Erweiterung der Schiffschule der Aufwachtstufen, 12. Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, 13. Selbständiger Antrag des Abg. Langemann, betr. Vermeidung des Schulgesetzes, 14. Selbständiger Antrag des Abg. Lappenberg, betr. Abänderung der Gemeindeverordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Wittenberg und Lüneburg.

Eingegangen ist Vorlage 52: Der Landtag wird ersucht, nachträglich seine Zustimmung zur Uebernahme eines Gesetzentwurfs von 50 000 M an der Reichssteuer mitzuteilen zu erteilen und die Mittel für die Eingekaufung auf die Stammeinlage bei der Zentralkasse des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Vorlage 53: Von dem vorgehaltenen Kongress der Bundesversammlung sollen einige Paragraphen gegen einen Kaufpreis von 2 M für das Quadratmeter verkauft werden. Abg. Dör, mit Unterstützung der Abgg. Harwig, Schmidt-Jezel, Langemann-Robertsen, Meyer, Dammann, Langemann, stellt einen selbständigen Antrag auf Abänderung der Gemeindeverordnungen und des Armenwesens, nach dem gemeindeangehörigen Frauen auch im Fürstentum Wittenberg die gleiche Stellung zu geben sei. Für das Herzogtum besteht diese Möglichkeit bereits seit dem Gesetz vom 6. Januar 1914.

Abg. v. Fricke, mit Unterstützung der Abgg. Dör, Müller, Witz, Langemann-Robertsen, Schmidt-Jezel, Buß, Verding, Schipper, beantragt eine Abänderung des Besoldungsgegesetzes dahingehend, daß in der Besoldungsordnung die Bemessung zu Nr. 25 (Anzahlung) gestrichen wird.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am morgigen Dienstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichtigung der Bezeichnungen zur Einkommensteuer, 2. Befugnis, 2. Abänderung des Besoldungsgegesetzes, 2. Befugnis, 3. Abänderung der Schulgesetz, 2. Befugnis, 4. Petition der Landarbeiterinnen des Fürstentums Wittenberg, 5. Petition einer Feuerlöschvorrichtung am Riet- und Dogelände in Walle, 6. Petition des Zweigvereins Deutscher Eisenbahner, 7. Petition der Arbeitervereine, betr. Erwerbung einer Abzweig für das Gasleitungsnetz bei der hiesigen Gasfabrik, 8. Petition des Handwerkervereins in Norden, 9. Petition des Reichsverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, 10. Petition des Bezirksausschusses für Konsumgenossenschaften, betr. Verfassung von Vereinen der Konsumisten in der Bundeszentrale des Lebensmittelsversorgung, 11. Wahl des Lehrers und Lehrerinnen in Rütlingen am Erweiterung der Schiffschule der Aufwachtstufen, 12. Antrag des Abg. Heintmann, betr. den Lebensmittelpreis, 13. Selbständiger Antrag des Abg. Langemann, betr. Vermeidung des Schulgesetzes, 14. Selbständiger Antrag des Abg. Lappenberg, betr. Abänderung der Gemeindeverordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Wittenberg und Lüneburg.

Letzte Depeschen.

Unsere U-Boote.

Berlin, 10. März. BZ. Amlich. Unsere U-Boote haben im Sperrgebiet um England 18 000 Bz. Reg. Tonnen Schiffstrom vernichtet. Unter den versenkten Schiffen waren zwei englische, nämlich der bewaffnete Dampfer „Dalewood“ (2420 Bz. A. Z.), mit 3000 T. Kohle für die englische Flotte in Scapa Flow bestimmt, und der bewaffnete Dampfer „Largo“ (1764 Bz. A. Z.), mit 2400 T. Kohle von Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von 4000 Bz. A. Z., hatten Maschin und Öl an Bord.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ueber die künftige in Kraft getretene Jangasguteilung der Lebensmittel, sowie über ihre Ursache, die U-Boots-Wirkung, schreiben die „Sunday Times“ vom 10. Februar, das Volk könne nicht begreifen, warum die so lange hinausgeschobene Rationierung plötzlich eingeführt wird. Dafür muß die Verantwortlichkeit dem Admiralstab gemacht werden. Sie hat den Umfang unserer Schiffverluste geheim gehalten und, um dem Feinde keine Anhaltspunkte zu geben, einen ganz falschen Eindruck im Lande hervorgerufen. Dem Durchschnittsbürger ist nie die äußerste wichtige Tatsache mitgeteilt worden, daß nicht nur eine Lebensmittelknappheit, sondern eine weit ernstere Knappheit an Schiffen besteht, so daß wir nicht mehr auf die reichlichen überseeischen Zufuhren rechnen können, von denen wir in der Vergangenheit lebten. Die Unterseeboot-Eroberung hat sich zu einer richtigen Gefahr gestaltet, und wir sind unglücklich in bisher nicht gekannter Weise auf unsere eigenen Erzeugnisse angewiesen.

Deutschlands neue Kriegskredite.

Wie wir aus parlamentarischer Quelle erfahren, wird dem Reichstage nach seinem Wiederzusammentritt eine neue Kriegskreditvorlage zugehen. Als Betrag der neuen Anleiheforderung wird auch diesmal 15 Milliarden genannt.

Ein deutliches Eingeständnis der englischen Lebensmittelmittel.

Berlin, 11. März. BZ. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus Basel gemeldet: Das englische Kriegskabinet hat beschlossen, daß für die nächste Zeit alle Schiffstrassen für die Einfuhr von Getreide, Fleisch und Fett vorbehalten werden muß, daß selbst Rohmaterial für die Munitionsfabriken und Viehhäuser dahinter zurückgehen müssen.

Die Kriegseigenen in England.

Basel, 10. März. BZ. schreibt, daß vor der Abstimmung über die neuen englischen Kriegskredite die Trennpartei und die Arbeiterpartei im Parlament verfallen haben. Im anderen Falle hätte die Abstimmung eine sichere Segnerchaft von mindestens 50 Stimmen gehabt.

Ordnung in Petersburg.

Berlin, 11. März. BZ. Wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ meldet, erfahren die „Times“ aus Petersburg, daß die Bewegung zu Gunsten der Ratifizierung des Friedensvertrages immer mehr zunimmt. Es kam nicht mehr daran geäußert werden, daß der Sowjetkongress in Moskau den Vertrag ratifizieren wird. Infolge der trübsamen Lage gegen eine Gegenrevolution herrscht in Petersburg völlige Ordnung.

Verlegung der russischen Regierung nach Moskau.

Berlin, 11. März. BZ. Laut „Post. Ztg.“ kündigt die Sowjet-Regierung die bevorstehende Verlegung der Hauptstadt nach Moskau an. Petersburg soll als Freistadt erklärt werden. Mit der Erklärung Rigas zum Freistadt würde man den Interessen weiter Kreise entgegenkommen. Im Süden wird die Ukraine von dem neuen Kaiserreich Rußland haben.

Schweden zieht seine Truppen von den Alandsinseln zurück.

Berlin, 11. März. BZ. Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aus Stockholm, geben „Societätskranten“ und „Stockholms Tidningen“ bekannt, daß Schweden seine Truppen von den Alandsinseln zurückziehen wird, da Schweden die Pazifizierungsmission dort beendet hat.

Japans Lasterheit auf deutsche Kolonien.

Genf, 11. März. Nach einer Generalmeldung aus Tokio wurden am 1. März auf den bisher deutschen Kolonien im Stillen Ozean japanische Zivilbehörden eingesetzt. Nach einem Telegramm aus dem Haag erklärte der japanische Generalkonsul in London, Japan wünsche nicht, daß die deutschen Kolonien zurückgegeben würden. Japan wünsche durch die Wahrung seiner Interessen an den deutschen Kolonien im Stillen Ozean den Frieden für Japan im Stillen Ozean dauernd zu machen.

Der Kriegseigenen in England.

Berlin, 10. März. BZ. schreibt, daß vor der Abstimmung über die neuen englischen Kriegskredite die Trennpartei und die Arbeiterpartei im Parlament verfallen haben. Im anderen Falle hätte die Abstimmung eine sichere Segnerchaft von mindestens 50 Stimmen gehabt.

Ordnung in Petersburg.

Berlin, 11. März. BZ. Wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ meldet, erfahren die „Times“ aus Petersburg, daß die Bewegung zu Gunsten der Ratifizierung des Friedensvertrages immer mehr zunimmt. Es kam nicht mehr daran geäußert werden, daß der Sowjetkongress in Moskau den Vertrag ratifizieren wird. Infolge der trübsamen Lage gegen eine Gegenrevolution herrscht in Petersburg völlige Ordnung.

Verlegung der russischen Regierung nach Moskau.

Berlin, 11. März. BZ. Laut „Post. Ztg.“ kündigt die Sowjet-Regierung die bevorstehende Verlegung der Hauptstadt nach Moskau an. Petersburg soll als Freistadt erklärt werden. Mit der Erklärung Rigas zum Freistadt würde man den Interessen weiter Kreise entgegenkommen. Im Süden wird die Ukraine von dem neuen Kaiserreich Rußland haben.

Schweden zieht seine Truppen von den Alandsinseln zurück.

Berlin, 11. März. BZ. Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aus Stockholm, geben „Societätskranten“ und „Stockholms Tidningen“ bekannt, daß Schweden seine Truppen von den Alandsinseln zurückziehen wird, da Schweden die Pazifizierungsmission dort beendet hat.

Änderung der oldenburgischen Gemeindeordnung.

Der Verwaltungsausschuß des Landtages hat über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck wegen Änderung der Gemeindeordnung Bericht erstattet. Die Mehrheit des Ausschusses, die Abgg. Behrens, Bull, Dör, Heilmann, Meyer, Damm, Schmidt-Jeisel, Steenbock, Langen-Rodenkirchen, Langen-Stollhamm stimmt dem Antrag zu. Die Minderheit, die Abgg. Alfs, Verding, Dammann, Triber, von Friden, Sartorius, ist der Ansicht, daß eine Notwendigkeit zur Vorlegung von Gesetzesentwürfen wegen Änderung der Gemeindeordnungen der drei Landeskreise nicht gegeben ist. Alle Gemeindeordnungen sind in ihrer Anwendbarkeit noch durchaus brauchbar. Wo im einzelnen ein Änderungsbedürfnis sich herausstellt, kann ihm jederzeit durch Gesetzesnovellen abgeholfen werden. Zudem wäre auch die gegenwärtige Kriegszeit für eine gänzliche Neuordnung des Gemeindebereichs nicht glücklich gewählt, dazu bedürfte es einer ruhigeren Zeit. Die Minderheit ist insbesondere gegen die Verleihung des Gemeindewahlrechts an die Frauen und gegen die Einführung der Verhältniswahl.

Der Staatsregierung

wurden vom Ausschusse folgende Fragen vorgelegt: 1. Wie stellt sich die Staatsregierung zu einer Revision der Gemeindeordnung überhaupt? 2. Wie stellt sich die Staatsregierung zu den einzelnen Punkten des Antrages? 3. Wie stellt sich die Staatsregierung zu dem aktiven Gemeindewahlrecht der Frauen? 4. Empfiehlt die Staatsregierung die Neuordnung der Gemeindebestimmung? 5. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Frage, bei dem Begriff „Gemeinschaft“ anstelle „Einwohner- und Grund- und Gebäudesteuer“, „Einkommen- und Vermögenssteuer“ zu setzen? 6. In wie weit sind Hauszölle in der Gemeinde wahlberechtigt? 7. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Aufnahme einer Bestimmung in die Gemeindeordnungen, daß in den Gemeinderat gewählte Bezirksvorsteher in denselben eintreten können, wenn sie ihr Amt als Bezirksvorsteher niederlegen? 8. Wie stellt sich die Staatsregierung zur Zulassung kurzfristiger Anleihen ohne ministerielle Genehmigung? 9. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Aufnahme von Bestimmungen in die Gemeindeordnungen zur Befähigung der anscheinend häufiger vorkommenden Doppelbesetzung in der Wohnortgemeinde und der Gemeinde der Arbeitsstelle? 10. Wie stellt sich die Staatsregierung zur Heranziehung der Staatsforsten zu den Gemeindefürsorge? 11. Empfiehlt sich eine anderweitige Zusammensetzung der Ämterkreise zur Herbeiführung gleichzeitiger Vertretung verschiedener Städte und Orte und reiner Landgemeinden? 12. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Einführung direkter Wahlen auf Grund der Verhältniswahl zu den Ämtern? 13. Wie stellt sich die Staatsregierung zu einer Aufhebung des Wahlrechts? 14. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Eingabe des Amtrats von Jever, betr. Änderung in der Stellung der Verhandlungen im Amtrat durch Streichung der Worte „und übernimmt dann die Leitung der Verhandlungen“? —

Der Regierungsvizepräsident erklärte, grundlegende Gesetze wie die Gemeindeordnung sollte man nur ändern, wenn ein dringendes Bedürfnis dafür besteht und man sicher ist, daß die beabsichtigte Änderung wirklich eine Verbesserung bedeutet. Die ganze Gemeindeordnung scheint der Staatsregierung nicht revisionsbedürftig, und die Kriegszeit, in der es überall an Arbeitskräften fehlt und alle Dinge am Fluss sind, ist wenig geeignet, tiefgreifende Veränderungen daran vorzunehmen. Von der Wahlfähigkeit müßten Einmündige, in Konkurs Befindliche, die keinen der bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, denen die Fähigkeit zur Befähigung öffentlicher Ämter abgeht, die unter Polizeiaufsicht stehen und die Kr.

Der deutsche Generalkab meldet:

Großes Hauptquartier, 10. März. 1918. Amtlich.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die ergebnislosen Erkundungsvorstöße dauerten an. Stärkere Abteilungen brachen südlich von Monchy vor. Bei ihrer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach aufsteigender Feuerkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Mächtig von Reims drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zu. Erhöhte Gefechtsintensität beiderseits von Omes.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nordwestlich und westlich von Namant am Abend rege Feuerintensität der Franzosen. Nach mehrfacher Artillerievorbereitung griffen starke feindliche Abteilungen am Nachmittag zwischen Anceville und Babanville an und brachten teilweise in unsere vorderen Gräben ein. Vor unseren Gegenstößen sah sich der Feind in seine Ausgangsstellungen zurück. Württembergische Sturmtruppen, Kaiserliche Landwehr und Flammwerfer nahmen bei einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich von Martilly 1 Offizier und 36 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden:

28 feindliche Flugzeuge und 1 Jagdflugzeug abgeschossen.

Die Jagdflieger Boelle brachte ihren 200. Gegner zum Abflug.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister:

Ludendorff.

meunterstützung erhalten, ausgeschlossen sein. Die Verteilung des Wahlrechts an die Dienstboten und Erwerbsgeschäften hält die Staatsregierung für unbedenklich. Mit der Verteilung des Frauenwahlrechts in Oberdeutschland vorgehen, liegt keine Veranlassung vor, denn nur einige in der Frauenbewegung stehende Frauen und einige organisierte Erwerbsstätige begehren das Frauenwahlrecht, letztere in der Hoffnung, ihre Erwerbsverhältnisse verbessern zu können. Die große Menge der zurriedenen verheirateten Frauen, insbesondere auch die große Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen steht der Frage des Frauenwahlrechts recht feindlich oder ablehnend gegenüber. Die Verteilung des Wahlrechts an die Frauen würde daher eine starke Vermehrung der Stimmen der mit den bestehenden Einrichtungen unzufriedenen verheirateten und landwirtschaftlichen Parteien über Gebühr stärken. Bei aller Anerkennung der großen Verdienste der Frauen um die Aufrechterhaltung unserer Kriegswirtschaft und um die Kranken- und Kriegswohlfahrtspflege kann die Staatsregierung daher eine Änderung der Gemeindeordnung im Sinne der Anträge nicht in Aussicht stellen. Auch ist die Staatsregierung der Ansicht, daß die Einführung der obligatorischen Verhältniswahl eine Verbesserung der Gemeindeordnung sein würde. Die Verhältniswahl macht zwar die völlige Ausschaltung von Minderheiten durch geringe Mehrheiten unmöglich, der Wahlkampf wird mehr zwischen den Parteien geführt, er wird also unperfekter. Die allgemeine Einführung der Verhältniswahl nimmt den Gemeinden aber die ihnen jetzt eingeräumte Freiheit der Wahl zwischen den beiden Wahlsystemen. Die Durchführung der Verhältniswahl ist nur durch Parteiorganisation möglich. Die allgemeine gleichzeitige Einführung der Verhältniswahl würde ebenfalls das politische Verhalten in allen Gemeinden

aufleben lassen, was nicht erwünscht erscheint, da es sich in der Gemeinde doch wesentlich um Fragen wirtschaftlicher Art handelt. Für sehr viele unserer Gemeinden würde die rechtliche Schwere der Wahlrechtsystems zu groß sein. Die Verhältniswahl paßt nicht für sie. Die Staatsregierung kann sich daher einwirken auf das Verhältniswahl-System nicht festlegen.

Den Lehrern, so weit sie Gemeindebeamte sind, kann das passive Gemeindevahlrecht nur eingeräumt werden, wenn es auch den übrigen Gemeindebeamten gegeben wird. Die Gründe, die dagegen sprechen, sind in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Januar 1911 dahin zusammengefaßt, daß im Gemeinderat, der die Gemeindeverwaltung beaufsichtigt, nicht sitzen soll, wer von der verwalteten Stelle abhängig ist, und daß Gemeindebeamte nicht in die Lage gebracht werden sollen, die Tätigkeit des Gemeinderats, die sich mit ihren Angelegenheiten befaßt, zu kritisieren. Aus diesen Gründen hält die Staatsregierung die angeregte Änderung für keine Verbesserung.

Die Aufhebung des Vorrechts der Grundbesitzer für den Gemeinderat kann aus den Gründen, die die Staatsregierung bereits in der Sitzung vom 8. Februar 1912 anlässlich des Antrags Behrens dargelegt hat, nicht zugestanden werden. Die Staatsregierung würde sich aber wohl damit einverstanden erklären können, daß statt zwei Drittel nur die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder Grundbesitzer zu sein brauchen.

Die Wahlfähigkeit, daß das Vermögen für die Staatsbedürfnisse in stärkerem Maße herangezogen werden muß als bisher, wächst mit der Längerer Dauer des Krieges. Wenn jetzt der verschuldete Grundbesitz durch die kriegsbedingten verhältnismäßig schwer getroffen wird, so empfiehlt es sich doch nicht, ihn zu entlasten; es wird vielmehr eher durch eine stärkere Heranziehung des Vermögens ein Ausgleich zu schaffen sein.

Für die Änderung des § 9b (Die Rechte der Minderjährigen) besteht kein Bedürfnis. — Die Genehmigung der Gemeindebestimmungen muß beibehalten werden, zumal die Autonomie der Gemeinden bei uns eine sehr weitgehende ist. Manche Angelegenheiten werden von den Gemeinden aber durch Beschluß anstatt durch Statut geregelt werden können.

Die Bestimmungen des Art. 36, § 2 können nicht gestrichen werden. Eine mißbräuchliche Heranziehung der Gemeindevorgänge ist, so weit bekannt geworden ist, kaum vorgekommen. Langfristige Anleihen der Gemeinden dürfen auch weiterhin nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde aufgenommen werden. Kurzfristige Anleihen sind nur selten erforderlich. Nur die selbständig in den Schatzungsregistern aufgeführten Ausnahmen sind maßgebend. Die Aufnahme einer Bestimmung, daß in den Gemeinderat gewählte Bezirksvorsteher in denselben eintreten können, wenn sie ihr Amt als Bezirksvorsteher niederlegen, ist unnötig. Ein Bezirksvorsteher kann in den Gemeinderat eintreten, wenn er das Bezirksvorsteheramt niederlegt. Eine Vereinbarung mit Preußen zur Vermeidung der Doppelbesetzung von Arbeitern ist getroffen. Weitere Vereinbarungen mit Hamburg, Bremen und Lübeck sind in Aussicht genommen. Da nach Art. 47 § 1 Abs. 3 eine Heranziehung der Staatsforsten zu den Gemeindefürsorge in beschränktem Umfang schon jetzt möglich ist, erscheint für eine Gesetzesänderung kein Bedürfnis vorzuliegen. Da die Städte Oldenburg, Wiltshagen und Delmenhorst einen eigenen Amtsverband bilden, sind Klagen über eine unproportionalen starken Vertretung der Städte im Amtrate noch nicht erhoben worden. Es liegt keine Veranlassung vor, die Zahl der direkten Wahlen noch weiter zu vermindern. Die Befähigung der Gemeindebeamten muß im bisherigen Umfang beibehalten werden. Die vom Amtrat in Jever angeregte Gesetzesänderung empfiehlt sich nicht. Das geltende Recht entspricht den Verhältnissen.

Aus dem Großherzogtum.

Der Rat der Großen hat beschlossen, die folgenden Beschlüsse zu fassen: 1. Die Abgeordnetenversammlung des Landesparlamentes, einsitzig am 25. und 26. März verlegt werden. Sie findet dann nachmittags um 3 1/2 Uhr in der „Union“ herseits statt.

2. Der Hausfrauenverein veranstaltet am Dienstag, den 12. d. M., um 4 Uhr in Haus Schönd eine zwanglose Zusammenkunft, bei der Herr Brunz, der verdienstvolle Leiter des Kleingartenvereins, Vinken die beste Ausnutzung des Gartenlandes und über die jetzt darin nötigen Arbeiten geben wird. Weiter soll über die Leistungen der Beratungsstelle und das jetzt erhaltene vorzügliche Raschmatt „Hono“ gesprochen werden. Auch ist Wahrscheinlichkeit, daß der Rat der Großen die Befähigung der Minderjährigen der Minderjährigen genehmigt werden darf.

3. Die Abgeordnetenversammlung des Landesparlamentes beginnt heute abend 8 Uhr in Haus Schönd. Auf vielfache Anfragen wird erwideret, daß der Eintritt frei ist für Mitglieder sowohl wie für Gäste, die sehr willkommen sind.

4. Als eine Schwindlerin entpuppte sich eine Schauspielerin der hiesigen Bühne, die über ihre Person und falsche Angaben gemacht und sich daraufhin Eingang in mehreren Familien verschafft hatte. Außerdem entdeckte man in ihr die Diebin, die schon seit geraumer Zeit die Damengarderobe die Groß. Theaters unsicher machte. Gestohlene Kleidung, Schmuck u. a. m. wurden bei einer Untersuchung, nachdem man Verdacht geschöpft hatte, in ihrer Wohnung gefunden. Auch Geldschindeln liefen: war ihr vor. Sie wurde sofort entlassen und zur Anzeige gebracht.

Eine Jugendliebe.

Erzählung von Georg Ruselet.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Hans war in der Tat ins Schwand gekommen; aber diese kalte Stimme und vor allem das fürzende Blut drängten ihn wieder zu sich. Blüthnell hatte er sein Tagesgut hervorgezogen, und nun preßte er es unter die Nase. Der Römer Scävola fuhr ihm durch den Sinn, der Lächelnd seine Hand über dem Kohlenbecken verbrennen ließ.

„Das bedeutet gar nichts“, flüß er hervor, „das kommt vom Eamen, das hab' ich jetzt öfter.“

„Ich will dir Wasser holen“, rief Hildegard; sie war zerschunden bis tief in ihre Seele hinein.

„Nein, nein!“ keuchte Hans, „ich gehe! Verzeigung, daß ich jetzt nicht gratuliere! Ich komme wieder!“ Und damit eilte er nach Hause, stürzte in seine Kammer, und dort warf er sich aufs Bett. Nun überließ er sich ganz dem Ausbruch seines Gefühls. Er schüttelte, wimmerte, und mit seinem Blute mischten sich seine Tränen. Er konnte es nicht glauben, und es war doch die bitterste Wahrheit: unüberwindlich war das verloren, was ihm den Wert des Lebens ausmachen sollte. Er hatte nie im Ernst daran gedacht, daß ihm Hildegard wirklich entfallen werden könnte; er hatte ja ihr Wort. Freilich, es war das Wort eines Kindes; aber das gerade war ihm heilig gewesen, denn es war ohne Zwang und Tränen gegeben worden. Aber der gute Junge konnte ihr nicht fähren oder fluchen, vergaß er doch auch nicht, sich selbst anzulügen. Ihren Geburtstag hatte er im letzten Jahre verkannt. Das rührte immer wie eine unangenehme Last auf seiner Seele, und schuldbehaftet hatte er sie gemieden. Nun war alles vorbei! Wäre das Leben selber nur auch dahin!

Nach einer Stunde ward er etwas ruhiger. Er wusch sein Gesicht und kleidete sich um. Dann beschloß er

Haus. Sein ganzes Leben, ein so junges, kurzes Leben, lag abgeschossen hinter ihm. In ihm war Bitterkeit und Galle. Seines Lebens bemächtigte sich eine felle Entschlossenheit. Er ward vollkommen ruhig und trat in einen Waffenladen ein.

„Einen Revolver möcht' ich haben“, sagte er nachlässig, „einen achtläufigen.“

„Einen halt machen, junger Herr?“

Nun sollte er auch noch lägen? Das haßte ihm nicht. Deshalb entgegnete er mit dem heitersten Gesicht: „Nur mich selbst.“

Da lagte der Händler und rief: „Na, wer's sagt, der tut's nicht!“

Noch einmal sah er ihm in die Augen, und wohl er nichts von verdächtigem Wesen fand, willfahrte er ihm und gab ihm nicht einmal Selbstmordparolen, wie er sonst in zweifelhaften Fällen zu tun pflegte. Hans war zufrieden; er steckte die Waffe ein und wanderte durch einsame Straßen dem Walde zu.

Er atmete auf, als ihm die tagenden Bäume entgegenkamen. Es war einer der ersten schönen Tage im Jahr. Noch hielten die Blätter alle in den Knospen, aber schon sog frühlingshafter Wind von den Wurzeln noch den Zweigen. Der Himmel war beinahe wolkenrein, nur ein paar weiße Schäfchen fanden noch oben in unerreichbarer Höhe; sie ruhten sich aus in der strahlenden Sonne und schienen nicht vom Fied zu wollen. Einen solchen Tag soll man sich nicht ausbilden, wenn man vom Leben scheiden will. Das fällt leichter an trübigen Tagen, wenn Regenwolkchen die Fenster des Himmels verhängen, oder in der Nacht, der dunkelsten Nacht, wenn das Gewissen läßt und selbst der liebe Gott schlafen gegangen ist.

Freude war in der Natur, ward auch im Kopfe des Jünglings, Freude unter dem festen Entschluß, zu sterben. Nun in der Tiefe seines Herzens war noch leise Erschütterung und ein Widerhall der kaum vergangenen schweren Brandung des Gefühls.

(Fortsetzung folgt.)

